

Thema der Woche

WKÖ begrüßt zügiges Inkrafttreten des Welt-Klimaschutzabkommens

In Kürze

Kommission fördert Synergien zwischen Verkehrs- und Energiesektor
Modernisierung von Europass soll grenzüberschreitendes Arbeiten erleichtern
Parlament fordert strengere Sicherheitsvorschriften für
Lebensmittelkontaktmaterialien

Neues aus der Kommission

Zwischenbilanz der Jugendgarantie: Jugendarbeitslosigkeit geht zurück,
weitere Strukturreformen notwendig
Verhandlungsdokumente zu TiSA-Abkommen veröffentlicht
Kommission zieht gegen Deutschland wegen PKW-Maut vor EuGH

Neues aus dem Europäischen Parlament

Novelle der Anti-Folter-Verordnung verabschiedet

Neues aus den Verbänden

Erste Ausgabe des EUROCHAMBRES Burden Tracker zur Verbraucherrechterichtlinie

Inside Brussels

EU-Wirtschaftsclub mit Botschafter Grahammer: EU fällt nicht auseinander

Statistik der Woche

Einzelhandel setzt im Jahresvergleich mehr um

Jobs+Jobs+Jobs

Wirtschaftskammer Österreich sucht EU-Trainees

Veranstaltungen

Sektorseminar „Der Wassersektor im Rahmen der außenpolitischen Instrumente der EU“ am 15. November 2016

EU-Agenda

EU-Kommission: 2185. Sitzung am 12. Oktober 2016

EU-Parlament: Ausgewählte Ausschüsse der kommenden Woche

EU-Rat: Ausgewählte Tagungen der kommenden Woche

EuGH: Ausgewählte Fälle der kommenden Wochen

EU-Kommission: Ausgewählte laufende Konsultationen

Impressum

EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich
Av. de Cortenbergh 30
B-1040 Brüssel
Telefon: +32 2 286 58 80
Internet: wko.at/eu

Redaktion:
Franziska Annerl
E-Mail: Franziska.Annerl@eu.austria.be



Folgen Sie uns auf facebook

Wenn Sie das EU-Panorama regelmäßig zugeschickt bekommen wollen oder sich vom Verteiler streichen lassen möchten, mailen Sie bitte an:
eu@eu.austria.be

WKÖ begrüßt zügiges Inkrafttreten des Welt-Klimaschutzabkommens

Das Europäische **Parlament** hat bei seiner Plenartagung in Straßburg für die Ratifizierung des im letzten Jahr in Paris unterzeichneten **UN-Klimaschutzabkommens** durch die EU gestimmt. Nach der **Zustimmung der EU-Umweltminister** vergangenen Freitag wurde damit der Weg frei für eine formelle Ratifizierung der EU, womit ein weiterer Schritt in Richtung Inkrafttreten des Vertrags gesetzt wurde. Die WKÖ begrüßt die breite Zustimmung des EU-Parlaments. Die Ratifizierung seitens der EU ebnet den Weg für die erste Vertragsstaatenkonferenz zum Pariser Klimaabkommen im Rahmen der **Weltklimakonferenz in Marrakesch** im November. Hier werden nur jene Parteien am Tisch sitzen und weiter verhandeln können, die das Abkommen auch ratifiziert haben. Weitere Elemente des Abkommens sollen in Marrakesch konkretisiert werden.

Im Rahmen des im Dezember 2015 geschlossenen Pariser Klimaabkommens einigten sich 195 Staaten unter anderem auf das langfristige Ziel, die globale durchschnittliche Erderwärmung deutlich unter zwei Grad Celsius im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu halten. Gemäß dem Abkommen sollen die Industrienationen weiterhin eine Vorreiterrolle einnehmen. Die Schwellenländer werden allerdings aufgefordert, ihre CO₂-Reduktionsanstrengungen ebenfalls zu erhöhen. Das Abkommen tritt am 30. Tag in Kraft, nachdem es von mindestens 55 Staaten ratifiziert wurde, die mindestens 55 Prozent der globalen Emissionen abdecken. Da bereits jetzt 74 Staaten (darunter Österreich) das Pariser Klimaabkommen ratifiziert haben, die für ca. 59 Prozent der globalen Emissionen verantwortlich sind, läuft der Countdown für das Inkrafttreten bereits.

„Es ist erfreulich, dass der Prozess weltweit derartig schnell in Gang gekommen ist“, betonte Stephan Schwarzer, Leiter der Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik der WKÖ, in einer **Aussendung**. „Hat es beim Kyoto-Abkommen noch sieben Jahre gedauert, bis es zustande gekommen ist, wird das Pariser Abkommen schon nach einem Jahr in Kraft treten können.“ Für die WKÖ ist ein globales Engagement zum **Klimaschutz** von entscheidender Bedeutung, um ein Level Playing Field zu gewährleisten. Das EU-Reduktionsziel von minus 40 Prozent bis 2030 (gegenüber 1990) stellt derzeit eindeutig den ambitioniertesten Plan dar und ist zusätzlich europarechtlich verbindlich. Umso dringender ist dafür Sorge zu tragen, dass Europas Industrie vor Carbon Leakage, also der Abwanderung aus Europa auf Grund von einseitigen CO₂-Kosten, geschützt wird. Nun gilt es, in Marrakesch weitere Eckpfeiler einzuschlagen und in anderen Wirtschaftsräumen vergleichbare Vorgaben festzulegen, wie es sie in der EU gibt, unterstreicht Schwarzer: „Einen durchschlagenden Erfolg für den Klimaschutz bringen nur weltweit abgestimmte Maßnahmen.“

Die Europäische Wirtschaft versucht jedenfalls, die sich aus der Klimapolitik ergebende Chance, sich als Technologieführer zu positionieren, zu nützen. Gerade bei der Entwicklung von Low Carbon Technologien und im Bereich der energieintensiven Industrie kann Europa seine Stärken beweisen. Der Schlüssel hierfür heißt Innovation, was voraussetzt, dass Europa ein attraktiver Industriestandort bleibt.

Ansprechpartnerin: **Franziska Annerl**

Inhaltsverzeichnis

Kommission fördert Synergien zwischen Verkehrs- und Energiesektor

Unter dem Schirm des „Connecting-Europe-Programms“ fördert die Kommission Vorschläge, die sich speziell mit den **Synergien zwischen dem Energie- und dem Verkehrssektor** beschäftigen. Insbesondere um den Verkehrssektor nachhaltiger zu gestalten, vergibt die Kommission insgesamt **bis zu 40 Millionen Euro für Studien**, die sich damit befassen, wie Infrastrukturstrukturentwicklungen in beiden Sektoren zusammenwirken können. Entsprechende **Anträge** können **bis 13. Dezember 2016** eingereicht werden. Die Ergebnisse werden bis April 2017 veröffentlicht. Um sich näher über diese Initiative zu informieren, steht interessierten Personen die Möglichkeit offen, an einem **virtuellen Informationstag** teilzunehmen, der von der Europäischen Exekutivagentur für Innovation und Netze per Webstreaming übertragen wird.

Modernisierung von Europass soll grenzüberschreitendes Arbeiten erleichtern

Am Dienstag hat die EU-Kommission einen **Vorschlag zur Überarbeitung von Europass vorgelegt** mit dem Ziel, berufliche Qualifikationen und Kompetenzen künftig europaweit transparenter und verständlicher darzustellen. Der neue Europass-Rahmen enthält ein verbessertes Instrument zur Erstellung von Lebensläufen und Kompetenzprofilen, Informationen über Lernangebote in ganz Europa, Informationen und Unterstützung für die Anerkennung von Qualifikationen und darüber, welche Kompetenzen wo gefragt sind. Um den Informationsaustausch weiter zu erleichtern und den Endnutzern einen besseren Service zu bieten, wird der neue Europass-Rahmen auch mit anderen EU-Instrumenten verknüpft, zum Beispiel mit dem EURES-Jobportal zur beruflichen Mobilität. Ob der modernisierte Europass die berufliche Mobilität in Europa fördern wird, hängt letztlich davon ab, ob das Instrument die Akzeptanz seiner Anwender gewinnen wird.

Parlament fordert strengere Sicherheitsvorschriften für Lebensmittelkontaktmaterialien

Das Europäische Parlament hat im Rahmen der Plenarsitzung diesen Donnerstag eine **Entschließung**, in der die Abgeordneten strengere Sicherheitsvorschriften für Lebensmittelkontaktmaterialien, wie beispielsweise Verpackungen, Küchengeräte oder Geschirr fordern, angenommen. Nach der geltenden Verordnung für Lebensmittelkontaktmaterialien bestehen momentan für vier von 17 Materialien (Kunststoff einschließlich recyceltem Kunststoff, Zellglasfolien, Keramik und aktive und intelligente Materialien) EU-weite Einzelmaßnahmen. Für die übrigen aufgeführten Materialien steht es den Mitgliedstaaten frei, nationale Regelungen zu erlassen. Das Europäische Parlament fordert nun, dass auch für Materialien wie Papier und Karton, Lacke und Beschichtungen, Metalle und Legierungen, Druckfarben und Klebstoffe EU-weite Einzelmaßnahmen getroffen werden sollen.

Inhaltsverzeichnis

Neues aus der Kommission

Zwischenbilanz der Jugendgarantie: Jugendarbeitslosigkeit geht zurück, weitere Strukturreformen notwendig

Die Europäische Kommission hat am Dienstag in einer Mitteilung erstmals Bilanz über die Umsetzung der Jugendgarantie und der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen (Youth Employment Initiative – YEI) seit dem Start 2013 gezogen. Laut Mitteilung ist die Jugendarbeitslosigkeit zwar nach wie vor in vielen Mitgliedstaaten ein **großes Problem**. Seit 2013 haben in der EU jedoch mehr junge Menschen einen Job gefunden als erwartet: Die **Zahl der arbeitslosen jungen Menschen** ist um 1,4 Millionen zurückgegangen, und die derjenigen, die weder eine Beschäftigung haben noch eine Ausbildung absolvieren, ist um 900.000 gesunken. **Rund neun Millionen junge Menschen** haben laut Kommission bisher ein Angebot im Rahmen der Jugendgarantie angenommen. Zudem hat die Jugendgarantie die **Umsetzung von wichtigen Strukturreformen** der Bildungssysteme und der Arbeitsverwaltungen in den Mitgliedstaaten **unterstützt**.

Durch die Jugendgarantie sollen die Mitgliedstaaten Maßnahmen ergreifen um sicherzustellen, dass alle unter 25-Jährigen binnen vier Monaten nach Verlassen der Schule oder Verlust des Arbeitsplatzes ein gutes Angebot für einen Arbeitsplatz, eine Weiterbildung, eine Lehrstelle oder einen Praktikumsplatz erhalten. Die Hauptfinanzierungsquelle der EU zur Umsetzung ist der Europäische Sozialfonds (ESF), aus dem für den Zeitraum 2014-2020 jährlich über 10 Milliarden Euro für alle Mitgliedstaaten bereitgestellt werden.

Die Kommission schlägt vor, die Haushaltsmittel für die Beschäftigungsinitiative zu erhöhen sowie die Jugendgarantie zu beschleunigen und breiter aufzustellen. Die **WKÖ begrüßt die Entwicklung von sinkender Jugendarbeitslosigkeit**: Junge Menschen in Beschäftigung zu bringen ist nicht nur im Interesse der Wirtschaft. Ohne Arbeit verlieren sie oft die Zukunftsperspektive – die Europäische Union hat hier die Chance, die nächste Generation von ihrem Mehrwert zu überzeugen und positive Signale zu setzen. Aus Sicht der WKÖ bedarf es **weiterhin politischen Engagements, um notwendige Strukturreformen in den Mitgliedstaaten konsequent umzusetzen**.

Ansprechpartner: Martin Schmid

Inhaltsverzeichnis

Verhandlungsdokumente zu TiSA-Abkommen veröffentlicht

In ihren Bestrebungen für mehr Transparenz bei den Verhandlungen über Freihandelsabkommen hat die Europäische Kommission am 4. Oktober weitere Dokumente zu TiSA (Trade in Services Agreement) veröffentlicht. Bereits seit dem Jahr 2013 verhandelt eine Reihe von WTO-Mitgliedern (darunter die EU) über das Abkommen, das eine **weitere Liberalisierung des internationalen Handels mit Dienstleistungen** bringen soll. Hintergrund sind die bereits seit Jahren ins Stocken geratenen Verhandlungen auf WTO-Ebene. Es wird daher **zunächst versucht, in einer kleinen Staatenrunde (derzeit 23, darunter die EU) eine Einigung zu erzielen, um das Abkommen längerfristig in den Rechtsbestand der WTO zu überführen**.

Bei den nunmehr veröffentlichten Dokumenten handelt es sich um die von der Kommission eingebrachte Verhandlungsposition zur institutionellen Ausgestaltung des Abkommens sowie zur Streitbeilegung zwischen den Vertragsstaaten. Demnach sollen die Vertragsparteien jederzeit dazu in der Lage sein, die unter dem

Abkommen gemachten Zugeständnisse zurückzunehmen, wobei allenfalls Ersatzleistungen zu erbringen sind. Kann hierüber keine Einigung erzielt werden, kann auf das Streitbeilegungsverfahren zurückgegriffen werden, welches jenem der WTO nachgebildet ist. Schließlich wird auch noch festgehalten, dass das **Abkommen offen für den Beitritt von neuen Staaten** ist und es das **erklärte Ziel** ist, es zu **multilateralisieren**.

Die WKÖ begrüßt die Bemühungen der Kommission für mehr Transparenz in den Verhandlungen zu sorgen, da hierdurch eine objektive Debatte über den Inhalt des Abkommens erst möglich wird. Weitere Informationen zu TiSA können auf der [Website der WKÖ](#) abgerufen werden.

Ansprechpartner: [Herwig Wutscher](#)

Kommission zieht gegen Deutschland wegen PKW-Maut vor EuGH

Deutschland hat am 8. Juni 2015 ein Gesetz zur Einführung einer **PKW-Maut** verabschiedet. Parallel dazu wurden Vorschriften erlassen, die für in Deutschland zugelassene Fahrzeuge einen „Rabatt“ bei der jährlichen Kraftfahrzeugsteuer genau in Höhe der Maut vorsehen. Nachdem die Kommission bereits kurz nach dem Erlass dieser Rechtsakte erste Schritte eines Vertragsverletzungsverfahrens einleitete, wurde die Mauteinführung in Deutschland zeitlich nach hinten verschoben.

Da die zwischenzeitlichen Verhandlungen zwischen der Kommission und der deutschen Bundesregierung zu keinem Ergebnis kamen, leitete die Kommission nun ein Verfahren gegen Deutschland vor dem **Gerichtshof der Europäischen Union** ein. Nach Ansicht der Kommission führe die geplante deutsche Rechtslage zu einer De-facto-Befreiung von der Maut für in Deutschland registrierte Fahrzeuge. Darüber hinaus seien die Preise von Kurzzeitvignetten in einigen Fällen unverhältnismäßig hoch. Die Kommission erkennt darin einen **Verstoß gegen die Grundsätze der Nichtdiskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit sowie des freien Waren- und Dienstleistungsverkehrs**.

Ansprechpartner: [Franz Brudl](#)

Inhaltsverzeichnis



Neues aus dem Europäischen Parlament

Novelle der Anti-Folter-Verordnung verabschiedet

Das Europäische Parlament verabschiedete anlässlich seiner jüngsten Plenartagung eine [Novelle der Anti-Folter-Verordnung](#). Dies soll den Handel mit Waren und Dienstleistungen, die zum Zweck der Folter oder Todesstrafe verwendet werden können, stärker regulieren. Die bereits seit dem Jahr 2005 [bestehende Verordnung](#) sieht ein Ausfuhrverbot für Güter vor, die ausschließlich einem unerwünschten Verwendungszweck zugeführt werden können. Auch entsprechende technische Hilfe im Zusammenhang mit den Gütern ist untersagt. Zu den verbotenen Gütern zählen etwa elektrische Stühle oder Daumenschrauben. Für Waren, die bspw. auch einen legitimen Strafverfolgungs- oder Vollzugszweck haben können, gilt eine Genehmigungspflicht.

Die nunmehr angenommene Novelle führt zusätzlich ein Werbe-, Transport- und Vermittlungsverbot für verbotene Güter ein. Außerdem wird die Aufnahme von neuen Gütern in die Verordnung erleichtert, indem das diesbezügliche Verfahren beschleunigt wird. **Bevor die Verordnung im Amtsblatt veröffentlicht werden kann, muss diese noch formell vom Rat abgesegnet werden.**

Ansprechpartner: Herwig Wutscher

Inhaltsverzeichnis

Neues aus den Verbänden

Erste Ausgabe des EUROCHAMBRES Burden Tracker zur Verbraucherrechterichtlinie

EUROCHAMBRES, der europäische Dachverband der Wirtschaftskammern, hat in dieser Woche die **erste Ausgabe des sogenannten Burden Tracker veröffentlicht**. Der **Burden Tracker** hat das Ziel, unnötige und unverhältnismäßige bürokratische Belastungen durch EU-Regelungen für die europäischen Unternehmen zu reduzieren. Es geht dabei um die **Erarbeitung ganz konkreter Vorschläge zur Vereinfachung oder Überarbeitung von bestehenden EU-Vorschriften**.

Für die erste Ausgabe des Burden Tracker wurde die **EU-Verbraucherrechterichtlinie von EUROCHAMBRES als einer der insbesondere für KMU problematischsten Rechtsakte identifiziert**. Dabei werden ganz konkrete Probleme, die Unternehmen im Alltag bei der Anwendung der Vorschriften haben und die dadurch entstehenden Belastungen und Rechtsunsicherheit aufgezeigt. EUROCHAMBRES leistet damit auch einen **umfassenden Beitrag zur laufenden Evaluierung der Verbraucherrechterichtlinie durch die Europäische Kommission** und zeigt auf, welche Regelungen der Richtlinie geändert und verbessert werden müssen.

Die Richtlinie über Verbraucherrechte schreibt völlig überbordende Aufklärungs- und Informationspflichten vor. Der Burden Tracker von **EUROCHAMBRES bestätigt damit die Forderung der WKÖ, dass eine Überarbeitung der Verbraucherrechterichtlinie dringend geboten ist**. In allen Fällen, in denen der Unternehmer vom Kunden ausdrücklich gerufen wird, sollen das komplizierte Informations- und Belehrungsregime sowie das Rücktrittsrecht nicht zur Anwendung kommen. In diesen Fällen ist die Initiative vom Konsumenten ausgegangen, daher ist kein Überrumpeln zu befürchten.

Auch die neuen Vorgaben über Fernabsatzverträge haben einen gravierenden Belastungsschub für die betroffenen Unternehmen mit sich gebracht. Hier ist insbesondere die **ausufernde Erweiterung der vorvertraglichen Informationspflichten zu nennen, die zudem in zahlreichen Richtlinien nebeneinander völlig inkohärent bestehen**. Diese überschießenden Informationspflichten sind zu überprüfen und Inkohärenzen bei den Anforderungen in verschiedenen Rechtsakten zu beseitigen.

Ansprechpartnerin: Verena Martelanz

Inhaltsverzeichnis

EU-Wirtschaftsclub mit Botschafter Grahammer: EU fällt nicht auseinander



„Ich bin persönlich so europaphil, dass ich nicht an ein Auseinanderfallen der EU glaube“, erklärte **Botschafter Walter Grahammer, Ständiger Vertreter Österreichs bei der EU**, am 6. Oktober beim EU-Wirtschaftsclub des EU-Büros der WKÖ in der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU. In den aktuellen Diskussionen – Stichworte Brexit, Migrationskrise – tauche diese Frage in der Öffentlichkeit immer wieder auf. Der **geplante EU-Austritt Großbritanniens** sei eine **erstmalige Erfahrung für die Union**. „Die Verhandlung des Austritts wird **nicht einfach** werden.“ Nicht nur die Union, auch die Briten stünden vor gewaltigen Herausforderungen: „Sie müssen ihren gesamten Gesetzesbestand durchforsten.“

Der **EU-Wirtschaftsclub Brüssel** versteht sich als Wirtschaftsplattform von Österreichern für Österreicher in Brüssel. Die Treffen finden einmal monatlich jeweils donnerstags statt. Der Teilnehmerkreis setzt sich aus Mitarbeitern der Ständigen Vertretung Österreichs, der wirtschaftlichen Interessenvertretungen sowie aus österreichischen Beamten und Experten der EU-Institutionen zusammen.

Im Zusammenhang mit Brexit werde oft die **Schweiz-Frage** genannt: Hier sei eine gewisse Parallelität zu sehen: einerseits ein Drittstaat, der nicht (voll) beitreten, aber dennoch ein enges Verhältnis zur EU haben möchte, andererseits ein Mitgliedstaat, der austreten, aber nicht alle Verbindungen zur Union kappen will. Noch nicht abzuschätzen sei die **Länge des Austrittsprozesses der Briten**: „Der Vertrag über die Europäische Union sieht eine Frist von zwei Jahren zum Abschluss der Verhandlungen vor. Das ist angesichts der zu erwartenden komplexen Verhandlungen nicht viel.“, so der Botschafter abschließend.

Ansprechpartnerin: **Franziska Annerl**

Inhaltsverzeichnis



Jobs + Jobs + Jobs

Wirtschaftskammer Österreich sucht EU-Trainees

Die Wirtschaftskammer Österreich sucht EU-Trainees – jetzt bewerben bis 23. Oktober 2016!

Um die Interessen der österreichischen Wirtschaft in Europa bestens zu vertreten, braucht es qualifizierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Daher nimmt die Wirtschaftskammer Österreich mit 1. April 2017 wieder EU-Trainees auf.

Das ca. 3-jährige EU-Traineeprogramm beginnt mit einer Ausbildung in der WKÖ, wobei die EU-Trainees verschiedenen politischen Abteilungen und Sparten zugeteilt werden. Danach steht ein Auslandseinsatz auf dem Programm – entweder in Form eines Praktikums bei den EU-Institutionen oder in Form einer Entsendung an das EU-Büro der WKÖ in Brüssel bzw. in einen europäischen Verband.

Bewerbungen sind noch bis zum 23. Oktober 2016 ausschließlich online möglich; weitere Informationen sind online abrufbar. Für Rückfragen stehen Frau Mag. Iris Marlovits und Frau Mag. Yasmin Soetopo M.E.S. unter eu.trainees@wko.at gerne zur Verfügung.

Inhaltsverzeichnis



Statistik der Woche

Einzelhandel setzt im Jahresvergleich mehr um

Gegenüber August 2015 stieg der Absatz im Einzelhandel laut Eurostat im August 2016 im Euroraum um 0,6 und in der gesamten EU um 2,1 Prozent. In **Österreich** wurde ein Zuwachs von 2,3 Prozent registriert. Im Vergleich zum Vormonat setzte der Einzelhandel in Euroraum und EU um 0,1 Prozent weniger um. In **Österreich** wurde im Monatsvergleich ein Zuwachs von 0,9 Prozent registriert.

Im Jahresvergleich wuchs der Absatz im Einzelhandel am stärksten in Luxemburg (+12,6 Prozent), Rumänien (+11,7 Prozent), und Polen (+10,8 Prozent), während er in Frankreich (-1,5 Prozent) und Dänemark (-0,8 Prozent) zurückging. Im Monatsvergleich wurden die stärksten Rückgänge des Einzelhandelsvolumens in Estland, Polen und Finnland (je -0,6 Prozent) verzeichnet, die größten Anstiege hingegen in Luxemburg (+3,6 Prozent), Irland (+1,5 Prozent) und der Slowakei (+1,0 Prozent).

Ansprechpartnerin: Verena Martelanz

Inhaltsverzeichnis



Veranstaltungen

Sektorseminar „Der Wassersektor im Rahmen der außenpolitischen Instrumente der EU“ am 15. November 2016

Am **15. November 2016** findet in **Brüssel** das nächste **Sektorseminar** unter dem Titel „**Der Wassersektor im Rahmen der außenpolitischen Instrumente der EU**“ statt, welches vom EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich, der Wirtschaftskammer Kroatiens, der Germany Trade & Invest GmbH und dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag gemeinsam mit anderen Ständigen Vertretungen und Außenhandelsorganisationen organisiert wird.

Im Rahmen der **EU-Außenhilfeprogramme** sind für den Zeitraum 2014-2020 **rund 1,7 Milliarden Euro** für die **Entwicklung und Förderung des Wassersektors in Drittländern** vorgesehen, was **Geschäftschancen** für in diesem Sektor tätige österreichische Unternehmen eröffnet. Am Vormittag des Sektorseminars informieren Vertreter der **Europäischen Kommission und anderer Institutionen, wie beispielsweise der EIB bzw. der EBRD** über Möglichkeiten im Rahmen der verschiedenen EU-Außenhilfeprogramme. Am Nachmittag findet eine Firmenbörse statt, bei der die Teilnehmer Kontakte mit potenziellen **Kooperationspartnern** für künftige Ausschreibungen knüpfen können. Darüber hinaus wird es auch Gelegenheit geben, sich direkt mit den Vertretern der Europäischen Union und der Europäischen Investitionsbank auszutauschen.

Zielgruppe sind **Konsulenten, Unternehmen und Investoren**, die in folgenden Sektoren tätig sind:

- Wasserversorgung - Trinkwasser
- Kommunale Abwasseraufbereitung
- Industrielle Abwasseraufbereitung
- Klärschlammaufbereitung
- Meeresverschmutzung
- Bewässerung
- Informationssysteme zur Gewässerbewirtschaftung
- Städtische Wasserversorgung
- Ländliche Wasserversorgung
- Flussbettaußbau
- Abwasser / Kanalisation
- Klimawandel
- Sanitäre Einrichtungen
- Städtische und ländliche Wasserdienstleistungen

Die **Teilnahmegebühr** pro Person beträgt **EUR 175,00 (exkl. Mwst, inkl. Erfrischungsgetränken, Mittagsbuffet sowie Seminarunterlagen)**, die **Vortragssprache** ist **Englisch**. **Anmeldeschluss** ist der **21. Oktober 2016**. Die **Anmeldung** ist über die **Website des Sektorseminars** möglich, auf der Sie auch nähere Informationen zum Veranstaltungsort sowie das vorläufige **Programm** finden. **Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!**

Ansprechpartner: **Martin Schmid**

Inhaltsverzeichnis

Sitzung der Europäischen Kommission

Voraussichtliche Themen der 2185. Sitzung am 12. Oktober 2016

Politische Koordinierung/Euro und Sozialer Dialog/Beschäftigung, Soziales und Mobilität

Erste politische Debatte über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit

Grundrechte und Rechtsstaat/Migration, Inneres/ Sicherheitsunion

Erster Zwischenbericht zu einer Union der realen und effektiven Sicherheit

Ausschüsse des Europäischen Parlaments

10.-11. Oktober Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden (Text von Bedeutung für den EWR)

10.-11. Oktober Haushaltsausschuss

Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4 zum Gesamthaushaltsplan 2016:
Aktualisierung der Mittel zur Erfassung der jüngsten Entwicklungen bei den Themen Migration und Sicherheit, Kürzung der Mittel für Zahlungen und für Verpflichtungen infolge der globalen Mittelübertragung, Ausweitung des EFSI, Anpassung des Frontex-Stellenplans und Aktualisierung der Mittel aus Einnahmen (Eigenmittel)

Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2017 - alle Einzelpläne

10.-11. Oktober Ausschuss für Wirtschaft und Währung

Jahresbericht über die EU-Wettbewerbspolitik

Überprüfung von delegierten Rechtsakten und Durchführungsmaßnahmen

Gemeinsame Vorschriften über die Verbriefung und Schaffung eines europäischen Rahmens für eine einfache, transparente und standardisierte Verbriefung

Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen

Zugang von Steuerbehörden zu Informationen zur Bekämpfung der Geldwäsche

Inhaltsverzeichnis

Auf dem Weg zu einem endgültigen Mehrwertsteuersystem und Bekämpfung von Mehrwertsteuerbetrug

Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Umsetzung der Prioritäten für 2016

10.-11. Oktober **Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter**

Die Notwendigkeit einer EU-Strategie zur Beendigung und zur Vermeidung des geschlechtsbedingten Rentengefälles

10.-11. Oktober **Untersuchungsausschuss zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie**

Der Ausschuss tagt.

10.-11. Oktober **Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr**

Neue Chancen für kleine Verkehrsunternehmen einschließlich solcher, die kollaborative Geschäftsmodelle verfolgen

- Annahme des Entwurfs eines Berichts

Genehmigung und Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge

- Prüfung der Änderungsanträge

Logistik in der EU und multimodaler Verkehr in den neuen TEN-V-Korridoren

- Prüfung des Entwurfs eines Berichts

12.-13. Oktober **Ausschuss für internationalen Handel**

Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen Kanada und der Europäischen Union einerseits sowie deren Mitgliedstaaten

Beitritt zu Handelsabkommen zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten einerseits sowie Kolumbien und Peru andererseits, aufgrund des Beitritts von Ecuador

Östliche Partnerschaft - Umsetzung weitreichender und umfassender Freihandelszonen (DCFTA): Georgien, Moldawien, Ukraine

12.-13. Oktober **Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr**

Europäischer Kodex für die elektronische Kommunikation (Überarbeitung des Telekommunikationsrahmens), Präsentation von Claire Bury, stellvertretende Generaldirektorin der GD Connect

Digitalisierung der europäischen Industrie

Inhaltsverzeichnis

Vorschriften für Roamingvorleistungsmärkte

Europäische Cloud-Initiative

Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung

Einrichten eines Mechanismus für den Informationsaustausch über zwischenstaatliche Abkommen und nicht verbindliche Instrumente zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern im Energiebereich und Aufhebung des Beschlusses Nr. 994/2012/EU

Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 1999/31/EG über Abfalldeponien

Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 2008/98/EG über Abfälle

Kosteneffiziente Emissionsreduktionen und Investitionen in CO₂-arme Technologien

Zivilrechtliche Regelungen im Bereich Robotik

12.-13. Oktober Rechtsausschuss

Grenzüberschreitende Portabilität von Online-Inhaltediensten im Binnenmarkt

Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen

Kontrolle des Registers und Zusammensetzung der Sachverständigengruppen der Kommission

Optionen der EU, den Zugang zu Arzneimitteln zu verbessern

Erläuterung des Vorhabens eines künftigen europäischen Kodex für Wirtschaftsrecht durch die Association Henri Capitant

12.-13. Oktober Haushaltskontrollausschuss

Studie "Die Türkei: wie die Mittel des Heranführungshilfe-Instruments ausgegeben wurden und das Überwachungssystem"

12.-13. Oktober Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit

EU-Optionen für einen verbesserten Zugang zu Medikamenten

Verordnung über Quecksilber und Rücknahme der Verordnung (EG) No 1102/2008

Aussprache mit der Kommission zur Studie über die Umsetzung der Umgebungsluftqualitätsrichtlinie

12.-13. Oktober Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

EU-Optionen für einen verbesserten Zugang zu Medikamenten

Inhaltsverzeichnis

Europäischer Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen

Einrichtung einer "Skills Garantie"

Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen

Änderung der Richtlinie 2004/37 / EG über den Schutz von Arbeitnehmern vor Gefährdung im Zusammenhang mit der Exposition gegenüber Karzinogenen oder Mutagenen bei der Arbeit

12.-13. Oktober **Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie**
Ausschuss für Kultur und Bildung

Eine kohärente Politik der EU für die Kultur- und Kreativwirtschaft

Inhaltsverzeichnis

Tagungen des Rates

13. Oktober **Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz**

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2004/37/EG des Rates über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene oder Mutagene bei der Arbeit (erste Lesung)
Interinstitutionelles Dossier: 2016/0130 (COD)

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten:

Neue europäische Kompetenzagenda

- (ggf.) Vorschlag der Kommission zur Überarbeitung des Europäischen Qualifikationsrahmens

Weiterverfolgung spezifischer beschäftigungsbezogener Fragen:

- Bericht über die Umsetzung der Jugendgarantie / der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen

Europäische Säule sozialer Rechte:

Sachstand und Standpunkte zum weiteren Vorgehen

- Billigung der gemeinsamen Stellungnahme des Beschäftigungsausschusses und des Ausschusses für Sozialschutz

Sonstiges:

- Blaue Karte
- Aktionsplan zur Migration

Inhaltsverzeichnis

Ausgewählte Fälle der kommenden Wochen:

12. Oktober **Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C 166/15 Ranks und Vasiļevičs**

Verkauf gebrauchter Software

Im Urteil UsedSoft vom 3. Juli 2012 hat der Gerichtshof entschieden, dass sich ein Softwarehersteller dem Weiterverkauf seiner „gebrauchten“ Lizenzen, die die Nutzung seiner *aus dem Internet heruntergeladenen* Programme ermöglichen, nicht widersetzen kann. Das ausschließliche Recht zur Verbreitung einer derart lizenzierten Programmkopie erschöpfe sich mit dem Erstverkauf (siehe Pressemitteilung [Nr. 94/12](#)). Im vorliegenden Fall geht es ebenfalls um den Weiterverkauf gebrauchter Lizenzen, allerdings bei folgender Sachverhalts-gestaltung: Der Ersterwerber erwirbt die Software nicht per Download, sondern mit Original-CD. Als er das Programm nicht mehr benötigt, will er sie verkaufen. Da die Original-CD jedoch beschädigt ist, kopiert er das Programm auf eine andere CD, verkauft diese und löscht Programm bei sich selbst. Der Zweiterwerber bietet die Kopie-CD seinerseits zum Weiterverkauf an. Ein lettisches Gericht ersucht den Gerichtshof in diesem Zusammenhang um Auslegung der Richtlinie über den Rechtsschutz von Computerprogrammen.

[Weitere Informationen](#)

19. Oktober **Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C 148/15 Deutsche Parkinson Vereinigung**

Preisbindung für verschreibungspflichtige Arzneimittel in Deutschland

Die Deutsche Parkinson Vereinigung, eine Selbsthilfeorganisation von Parkinson-Patienten und ihren Familien, ist mit der niederländischen Versandapotheke DocMorris eine Kooperation eingegangen. Danach können die Vereinsmitglieder bei DocMorris Boni für rezeptpflichtige Parkinson-Medikamente erhalten. Nach Ansicht der deutschen Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs verstößt das beworbene Bonusmodell gegen die in Deutschland gesetzlich vorgeschriebene Festlegung eines einheitlichen Apothekenabgabepreises. Sie hat die Vereinigung daher verklagt, es zu unterlassen, ihren Mitgliedern das Bonussystem zu empfehlen. Die Klage hatte in erster Instanz Erfolg. Das von der Vereinigung darauf hin angerufene Oberlandesgericht Düsseldorf möchte nun vom Gerichtshof wissen, ob die in Deutschland bestehende Preisbindung bei verschreibungspflichtigen Arznei-mitteln mit dem freien Warenverkehr vereinbar ist.

[Weitere Informationen](#)

Inhaltsverzeichnis

19. Oktober

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C 582/14 Breyer gegen Bundesrepublik Deutschland

Speicherung von IP-Adresse beim Besuch einer Internetseite

In Deutschland werden bei den meisten allgemein zugänglichen Internetportalen des Bundes alle Zugriffe in Protokolldateien festgehalten. So wird u.a. die IP-Adresse des zugreifenden Rechners über das Ende des jeweiligen Nutzungsvorgangs hinaus gespeichert. Damit sollen Angriffe abgewehrt und die strafrechtliche Verfolgung von Angreifern ermöglicht werden. Herr Breyer hat die Bundesrepublik vor deutschen Gerichten auf Unterlassung der Speicherung der IP-Adresse verklagt. Der in dritter Instanz mit dem Rechtsstreit befasste Bundesgerichtshof möchte vom Gerichtshof wissen, ob eine dynamische IP-Adresse (anders als die feste IP-Adresse eines Rechners wird eine dynamische IP-Adresse für jede Internetnutzung neu zugeteilt) schon dann ein personenbezogenes Datum im Sinne der Datenschutzrichtlinie 95/46 darstellt, wenn ein Dritter, nämlich der Zugangsanbieter, über das zur Identifizierung der betroffenen Person erforderliche Zusatzwissen verfügt. Außerdem möchte der Bundesgerichtshof wissen, ob die Richtlinie einer nationalen Vorschrift (hier des deutschen Telemediengesetzes) entgegensteht, wonach der Diensteanbieter personenbezogene Daten eines Nutzers ohne dessen Einwilligung nur erheben und verwenden darf, soweit dies erforderlich ist, um die konkrete Inanspruchnahme des Telemediums durch den jeweiligen Nutzer zu ermöglichen und abzurechnen, und wonach der Zweck, die generelle Funktionsfähigkeit des Telemediums zu gewährleisten, die Verwendung nicht über das Ende des jeweiligen Nutzungsvorgangs hinaus rechtfertigen kann.

Weitere Informationen

20. Oktober

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C 413/14 P Intel Corporation / Kommission

Missbrauch marktbeherrschender Stellung

Mit Urteil vom 12. Juni 2014 bestätigte das Gericht der Europäischen Union die Geldbuße in Höhe von 1,06 Milliarden Euro, die die Kommission gegen Intel verhängt hatte, weil das Unternehmen in den Jahren 2002 bis 2007 seine beherrschende Stellung auf dem Markt der x86-Prozessoren missbräuchlich ausgenutzt habe (siehe Pressemitteilung Nr. 82/14). Gegen dieses Urteil des Gerichts hat Intel ein Rechtsmittel beim Gerichtshof eingelegt. Generalanwalt Wahl legt heute seine Schlussanträge zu diesem Rechtsmittel vor.

Weitere Informationen

Inhaltsverzeichnis

Bank- und Finanzwesen

Kapitalmarktunion: Initiative im Hinblick auf einen möglichen EU-Rahmen für die private Altersvorsorge
27.07.2016 - 31.10.2016

Beschäftigung und Soziales

Konsultation über eine europäische Säule sozialer Rechte
08.03.2016 - 31.12.2016

Binnenmarkt

Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Maschinenrichtlinie 2006/42/EG
22.09.2016 - 16.12.2016

Öffentliche Konsultation zum Binnenmarkt-Informationstool
02.08.2016 - 07.11.2016

Zentraler digitaler Zugang
26.07.2016 - 21.11.2016

Öffentliche Konsultation zum Binnenmarkt für Waren - Durchsetzung und Einhaltung
01.07.2016 - 31.10.2016

Energie

„Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Richtlinie 2009/119/EG zur Verpflichtung der Mitgliedstaaten, Mindestvorräte an Erdöl und/oder Erdölzeugnissen zu halten“
10.08.2016 - 11.11.2016

Erstellung der jährlichen Prioritätenlisten für die Ausarbeitung von Netzkodizes und Leitlinien für 2017 und darüber hinaus
18.07.2016 - 14.10.2016

Forschung und Technologie

Öffentliche Konsultation: Zwischenbewertung des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts
26.08.2016 - 14.11.2016

Öffentliche Konsultation zu den gemeinsamen Programmen EMFP und EMPIR für Metrologieforschung
01.07.2016 - 07.10.2016

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Konsultation zur Umsetzung des zweiten Partnerschaftsprogramms Europas und der Entwicklungsländer im Bereich klinischer Studien im Zeitraum 2014-2016
29.06.2016 - 15.10.2016

Klimaschutz

Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Richtlinie 75/324/EWG über Aerosolpackungen
30.09.2016 - 15.01.2017

Konsultation zur Überwachung und Meldung des Kraftstoffverbrauchs und der CO₂-Emissionen schwerer Nutzfahrzeuge
20.07.2016 - 28.10.2016

Konsultation zur Überarbeitung der Verordnung (EU) Nr. 443/2009 und der Verordnung (EU) Nr. 510/2011 zur Verringerung der CO₂-Emissionen von leichten Nutzfahrzeugen
20.07.2016 - 28.10.2016

Verkehr

Öffentliche Konsultation zur Verbesserung der Sozialvorschriften im Straßentransport
05.09.2016 - 11.12.2016

Überprüfung der Richtlinie 2006/1/EG über die Verwendung von ohne Fahrer gemieteten Fahrzeugen im Güterkraftverkehr
11.08.2016 - 04.11.2016

Inhaltsverzeichnis